

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 33 (1992)  
**Heft:** 19

**Artikel:** Chancen und Risiken für George Bush  
**Autor:** Pozsgai, Joseph  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093186>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Joseph Pozsgai zum Nahen Osten

## Chancen und Risiken für George Bush

**Ohne einen spektakulären ausserpolitischen Erfolg wird es für US-Präsident Bush schwierig, am 3. November zum zweitenmal gewählt zu werden. Obwohl die Aussenpolitik seine stärkere Seite ist, hatte er seit dem Golfkrieg gegen den Irak keine glückliche Hand in diesem Bereich beim Sammeln der dringend notwendigen Pluspunkte für seine Wiederwahl.**

Besonders belastet Bush die peinliche Hängepartie mit Iraks Diktator Saddam Hussein, der — trotz der militärischen Niederlage — heute in der Lage ist, in den amerikanischen Wahlkampf gegen den Präsidenten einzugreifen. Als wenn nichts gewesen wäre, betreibt Saddam Hussein unbekümmert die Wiederaufrüstung seiner Armee, hindert die UNO-Inspektoren, seine Geheimwerkstätten für chemische und atomare Waffen aufzudecken, geht gegen die oppositionellen Kurden und Schiiten in seinem Lande militärisch brutal vor und erhebt sogar wieder Anspruch auf Kuwait.

### Risikoreiche Dreiteilung

George Bush steht also unter Zugzwang. Er kann die neue Herausforderung des irakischen Herrschers keineswegs «unbeantwortet» lassen. Er steht auch unter Zeitdruck: Für einen «Wirkungstreffer» am Kinn des irakischen Präsidenten hat Bush nur noch wenige Wochen. Die von Washington, London und Paris kürzlich beschlossene Schutzzone für die schiitische Bevölkerung südlich des 32. Breitengrades — wie sie nördlich des 36. Breitengrades für die Kurden schon eingerichtet wurde — schränkt zwar Saddams Macht erheblich ein und schützt die rebellischen Schiiten vor den ständigen Angriffen der irakischen Luftwaffe. All dies bringt aber für Bush doch nicht den schnellen ausserpolitischen Erfolg, den er zum Wahlsieg braucht.

Vor dem nächsten Schritt, den Saddam Hussein politisch wahrscheinlich nicht überleben könnte, vor der Dreiteilung des Irak, schreckt jedoch die US-Regierung verständlicherweise zurück. Ein selbständiger schiitischer Staat im Südirak würde nämlich ein enger Verbündeter des von

schiitischen Geistlichen regierten Iran sein und damit ein Brückenkopf für die islamische Revolution in der arabischen Welt. Dagegen protestieren sowohl die konservativen als auch die «sozialistischen» Araber energisch, zumal die von Teheran gelenkten moslemischen Fundamentalisten in den arabischen Ländern Staatsfeind Nr. 1 geworden sind.

Gegen die Gründung des ersten selbständigen kurdischen Staates unter westlichem Militärschutz protestiert die Türkei noch vehementer, da die ohnehin rebellischen Kurden in der Südost-Türkei, wie auch ihre Landsleute in Nordwest-Iran, logischerweise die gleichen Unabhängigkeitsforderungen stellen würden.

Die Dreiteilung des Irak könnte allerdings Saddams Reststaat mit sunnitischer Mehrheit zwischen dem 32. und dem 36. Breitengrad wirtschaftlich ruinieren; denn die reichen Ölquellen des Irak liegen im Norden und im Süden, bewohnt von Kurden und Schiiten. Der hohe Preis für den Sturz des irakischen Diktators auf diese Weise hält wahrscheinlich jedoch Washington von einer endgültigen Aufteilung des Irak zurück. Auch mit der gegenwärtigen Quasidreiteilung könnten die Westmächte das gleiche Ziel erreichen — allerdings nur langfristig.

### Gute Chancen für Nahostfrieden

Viel schnellere und demonstrativere Erfolge bieten sich für George Bush jetzt, nicht ganz unerwartet, im arabisch-israelischen Konflikt. Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat dazu geführt, dass die grössten Gegner Israels — Syrien, Libyen und die Palästinenser — ihre Schutzmacht verloren haben. (Das gilt freilich auch für den Irak, der neben Israel auch mit Syrien und den konservativen arabischen Ölstaaten verfeindet ist.) Der Ausfall der Schutzmacht hat bei den militanten Arabern hinter den Kulissen bereits eine Kursänderung bewirkt, wenn auch die politischen Fassaden weiterhin noch israelfeindlich geblieben sind.

Doch es ist sichtbar geworden, dass insbesondere Syrien ein Arrange-

ment mit dem Westen (und auch mit Israel) sucht. Die plötzlich gewährte Reisefreiheit für mehr als 500 syrische Juden weist klar in diese Richtung. Bei seiner Rundreise in konservative Ölstaaten im Juni musste der syrische Präsident Assad die für ihn bittere Erfahrung machen, dass diese reiche Geldquelle für Syrien möglicherweise völlig versiegt. Er wurde sogar in Kenntnis gesetzt, dass Israel hier seit dem Golf-Krieg nicht mehr als Feind betrachtet wird und dass die Bereitschaft zur Normalisierung mit Jerusalem besteht: eine politische Kehrtwendung, deren Konsequenzen noch nicht absehbar sind.

### Primär Wirtschaftsinteressen

Ausserdem steht Assad unter fort-dauerndem amerikanischem Druck. Die Rechnung wurde für die syrische Besetzung Libanons seit 1975/76 noch gar nicht eingereicht. Besonders wird dem Staatschef übelgenommen, dass Syrien der iranischen Regierung dabei behilflich war, die in Teheran gedruckten gefälschten 100-US-Dollar-Noten in den internationalen Geldverkehr zu bringen.

Syriens cleverer Präsident hat offenbar schon eingesehen, dass er mit dem Iran als Verbündetem die Sowjetunion keineswegs ersetzen kann und dass sein Land die Teilnahme an dem von der Bush-Regierung forcierten Friedensprozess nicht verweigern darf, ohne die Gefahr einer politischen Isolierung und damit den totalen wirtschaftlichen Niedergang hinzunehmen. Trotz der bisher engen Verbindungen zu Teheran will Assad nicht auf der fundamentalistischen Welle der Moslems reiten; er war ja auch der erste, der den damals ersten fundamentalistischen Aufstand in seinem Lande vor gut zehn Jahren blutig niedergeschlagen hatte.

Die Zeit ist für Syrien also reif geworden, mit Israel einen Ausgleich zu suchen und Frieden zu schliessen. Zum Glück für US-Präsident Bush hat es nun der Regierungswechsel in Israel ermöglicht, mit Syrien über einen Kompromiss zu verhandeln. Die Bereitschaft des neuen israelischen Regierungschefs Rabin, eine ungezügelte Siedlungspolitik in den besetz-

ten arabischen Gebieten zu stoppen, deutet auf wesentliche Positionsänderungen in der Politik Jerusalems hin. Sonst hätte Rabin die amerikanische Kreditgarantie von 10 Milliarden Dollar bei seinem Besuch in Washington kaum erhalten. Was Israels Premier bei dieser Gelegenheit George Bush versprach, wurde der Presse nicht weitergegeben. Aber israelische Zeitungsberichte, wonach die neue Regierung zum Teilrückzug von den Golan-Höhen und Rabin zu einem Gipfeltreffen mit dem syrischen Präsidenten Assad bereit sei, signalisierten eindeutig die Prioritäten in Jerusalem.

Ein Ausgleich zwischen Israel und Syrien könnte nämlich für Rabin die Verhandlungen mit den Palästinensern nicht unerheblich erleichtern. Im Grunde war Assad nie für einen selbständigen PLO-Staat unter der Führung von Arafat, weil er vermeiden wollte, dass der PLO-Chef über Krieg und Frieden um Israel allein entscheiden könnte. Syriens Präsident benutzte oft die terroristischen Splittergruppen der PLO, um Arafats Pläne zu vereiteln. Das Misstrauen verstärkte sich noch weiter, als sich der PLO-Chef im Golf-Krieg vorbehaltlos hinter Saddam Hussein, den Erzfeind von Assad, stellte. Ausserdem: Die Zeiten sind vorbei, da Syrien eine militärische Festung mit über 10 000 sowjetischen Beratern war. Wirtschaftliche Zwänge lassen Assad kaum einen anderen Weg, als ein Arrangement mit Israel und dem Westen zu finden, um sein armes Land an den westlichen Kredithahn anschliessen zu können.

### Doch noch ein Palästinenser-Staat?

Ein Kompromiss mit Israel hätte allerdings einen Bruch zwischen Damaskus und Teheran zur Folge, zumal der Iran kompromisslos gegen den jüdischen Staat ist. Ein Konflikt zwischen den Syrern und der «Hiszbollah» (der vom Iran finanzierten terroristischen schiitischen Kampfgruppe) im Libanon wäre dann unvermeidlich. Es erscheint nicht unwahrscheinlich, dass Assad dies in Kauf nehmen würde, zumal mit diesem Vorwand syrische Truppen weiterhin im Libanon bleiben könnten.

Was die Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten (Westjordanien und Gaza) betrifft, gibt es nun Anzeichen, dass sie sich vorerst mit der Selbstverwaltung abfinden werden. Sie wissen wohl: Auch Rabin würde einen unabhängigen palästinensischen Staat in Westjordanien unter der Führung der PLO nicht zulassen.

Seit ihrer Gründung 1964 stand die PLO im Dienste der sowjetischen Aussenpolitik, ohne freilich dem eigenen Ziel nur um einige Zentimeter näher gekommen zu sein. Moskaus Interessen entsprechend, sorgte die PLO dafür, in dieser Region die politischen und militärischen Spannungen aufrechtzuerhalten. Neben dem politischen kamen die Sowjets auf diese Weise zu einem zweifachen wirtschaftlichen Gewinn: Für Erdöl lieferten sie an die Araber uneingeschränkt Waffen; und weil die Spannungen die Ölpreise lange Zeit hoch gehalten hatten, konnte die Sowjetunion ihre riesigen eigenen Erdölexporte sowie das für Waffen erhaltene arabische Öl auf dem Weltmarkt äusserst vorteilhaft absetzen. Nach der Selbstauflösung der Sowjetunion steht hinter Arafat ausser dem irakischen Diktator Saddam Hussein kaum noch jemand.

Doch die Palästinenser werden möglicherweise bald eine Chance erhalten, in einem eigenen Staat zu leben: in Jordanien nämlich. Heute hat Jordanien eine palästinensische Bevölkerungsmehrheit, die in der Führung des Landes unterrepräsentiert ist. Falls der schwer erkrankte jordanische Herrscher König Hussein ausfällt, kann man davon ausgehen, dass es in der Staatsführung — trotz geregelter Nachfolge — zu Turbulenzen kommt. Der jordanische König ist ein sehr geschickter politischer Taktiker, der für sein Land kaum ersetzbar ist. Ob sein Nachfolger dem palästinensischen Druck standhalten könnte, scheint fraglich.

### Export der iranischen Revolution

Alles in allem: Die gegenwärtige Konstellation bietet Washington einmalige Chancen, die Lage um Israel zu entspannen oder zumindest in

diese Richtung einen grossen Schritt zu tun. Das Machtvakuum, das in diesem Raum durch den Zerfall der Sowjetunion entstanden ist, ermöglicht der US-Regierung, die militanten Araber zu überzeugen, dass es der falsche Weg war, die arabische Einheit allein auf der kollektiven Feindschaft gegen Israel abzustützen. Dabei waren sie auch nur Handlanger der sowjetischen Aussenpolitik, die ausschliesslich das Ziel hatte, den Nahen Osten unter seine Kontrolle zu bringen. Wenn Syrien mitmacht, könnte der von den Amerikanern initiierte Friedensprozess zu ei-

nem ähnlichen Erfolg führen wie 1978 «Camp David» und für Präsident Bush im Wahlkampf eine solide Mehrheit bringen.

Freilich kann man den ganzen Nahostkonflikt in sechs Wochen keineswegs beilegen. Aber sehr viel Zeit wird Washington auch nach den Präsidentschaftswahlen nicht haben, um das Gebot der Stunde zu nutzen. In das Machtvakuum, das die Sowjets hinterlassen haben, dringen in jedem arabischen Land die vom Iran gelenkten Fundamentalisten, die Träger der islamischen Revolution, vor.

Auf die Fahne dieser absolut antiwestlich eingestellten militant-religiösen Organisationen ist die kompromisslose Vernichtung Israels geschrieben. Wie gefährlich diese Entwicklung ist, lässt sich am Beispiel Algerien ablesen. Starke Divisionen haben die Fundamentalisten auch in den «Schlüsseländern» Saudi-Arabien und Ägypten. Der Iran, der die islamische Revolution exportiert und finanziert, stellt für die westlichen Industrieländer keineswegs eine mindere Gefahr dar als der Irak des Saddam Hussein. ■

## Welt und Weltorganisation

# Wer sorgt für Frieden?

**Massenmörderische Konflikte à la Jugoslawien oder Somalia werfen unter anderem eine konkrete Frage auf: Wer sorgt für Frieden, wenn «die dort» es nicht zu tun vermögen?**

Dazu gibt es eine Menge von bisher wenig tauglichen Antworten, aber generell zuständig ist niemand, es sei denn die UNO. Und diese muss zur Lösung ihrer Aufgabe erst tauglich gemacht werden. Dafür wiederum bedarf es, nicht zuletzt im hochnähsigen Europa, einer Prämisse: Man muss sie ernst nehmen. Besonders dann, wenn man selber ernstlich nichts zustande gebracht hat.

In unserer Zeit nehmen die Konflikte zu, und wenn man ihre Austragung abwartet, um sich das jeweilige Instrumentarium der Bereinigung zu überlegen, zusammenzustellen und gelegentlich noch einzusetzen, hinkt man den blutigen Ereignissen unweigerlich hinterher und gibt jenen recht, welche zum Beispiel mittels «ethnischer Säuberungen» ihr eigenes *Fait accompli* schaffen, damit durchkommen und zur Nachahmung ermuntern.

Ja, das bezieht sich auf Jugoslawien und den vermeintlich natürlichen

europäischen Rahmen einer Lösung. Allein schon der zeitliche Verzug in der Einigung über die territorialen Anerkennungsprobleme hat un wiederbringliche Verluste in mehrfacher Hinsicht zugelassen.

Die Europäische Gemeinschaft nannte 1991 die Lösung des Jugoslawienproblems ihre eigene Sache und verhedderte sich. Erst wollte sie die bereits inexistente Einheit von vorher retten. Noch Ende letzten Jahres rügten die EG-Partner die Deutschen wegen ihrer Absicht, die neuen Staaten anzuerkennen. Dann taten sie es selber, und die fehlende Konsistenz zeichnet ihr weiteres Vorgehen aus bis heute. Hinzu kommt, dass Jugoslawien ausserhalb der EG-Zuständigkeit liegt, und die Gemeinschaft ist so wenig wie die KSZE darauf angelegt, einer schon stattfindenden Waffengewalt noch Einhalt zu gebieten.

Die UNO ist es, vorausgesetzt, dass ihr Sicherheitsrat einen entsprechenden Beschluss fasst. Was die Blauhelme gegenwärtig in Jugoslawien tun, ist Nothilfe und keine Befriedungsaktion. Es fehlt an einem Mandat, das weiter ginge. Nicht zuletzt der Westeuropäer wegen, welche finden,

man könne die Weltorganisation immer noch zur Entgegennahme von Weisungen bitten, wenn das erwünscht sei. Das ist Unterordnung in die falsche Richtung.

Man hat der UNO vorgeworfen, nur dann eingriffstauglich zu werden, wenn die amerikanische Grossmacht sie zu diesem Zweck mobilisiere. Aber wenn es ihr an Eigengewichtigkeit fehlt, liegt es ganz speziell am europäischen Verhalten, das zu korrigieren. Boutros Ghali, UNO-Generalsekretär seit diesem Jahr, ist dazu fähig und willens. Der ehemalige ägyptische Aussenminister, der den Frieden seines Landes mit Israel herbeigeführt hat (und Preisträger der Berner Stiftung für Freiheit und Menschenrechte 1983 war), ist bereits daran gegangen, das UNO-Generalsekretariat funktions-tüchtig zu machen. Er könnte der UNO jene spezifische Autorität verschaffen, die ihr noch fehlt. Er hat schon zu verstehen gegeben, dass er sich nicht als Hilfskellner an den Tisch der Euroseigneurie winken lässt. Um so besser für die UNO und ihre wahrhaftig brennenden Aufgaben auf dieser Erde. *Ian Tickle*